

Zur Interdependenz der Ordnungen

DIE VERANTWORTUNG VON KAMMERN UND VERBÄNDEN IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT - KERNAUSSAGEN

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

- Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist keine Folge des Versagens der Sozialen Marktwirtschaft sondern ihrer Akteure. Sie funktioniert nur, wenn sich alle Mitspieler auch an die vorgegebenen Spielregeln halten. Dies gilt auch für die internationale Ebene. Es muss ein international verbindlicher Ordnungsrahmen gesetzt werden, der einen fairen Wettbewerb und die Transparenz der Märkte garantiert.
- Nur die Soziale Marktwirtschaft garantiert ein ausgewogenes Miteinander von Markt und Staat. Beide funktionieren nur miteinander, aber nicht gegeneinander.
- In Krisenzeiten muss der Staat über seine eigentliche Rolle als Garant des Ordnungsrahmens hinausgehen und einen aktiven Part übernehmen. Doch auch angesichts der aktuellen Krise muss man deutlich sagen, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Er ist nicht allmächtig, sondern kann nur Impulse setzen.
- Das staatliche Engagement bei Privatbanken darf nur zeitlich befristet sein. Es bedeutet keineswegs eine Teilverstaatlichung.

Paul Bauwens-Adenauer, Präsident der IHK zu Köln:

- Die Rettung des Bankensystems war ein notwendiger Eingriff durch den Staat und gerechtfertigt, weil ein funktionierendes Bankensystem für die Soziale Marktwirtschaft unabdingbar ist. Die Rettung einzelner Unternehmen durch den Staat würde aber die ordnungspolitischen Grenzen deutlich überschreiten. Folge wäre eine Wettbewerbsverzerrung, die mit den ordnungspolitischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft unvereinbar ist.
- Die seit Jahrzehnten gewachsene Dualität zwischen Großkonzernen und Gewerkschaften hat den Mittelstand – das eigentliche Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland – ins politische Abseits gedrängt. Diese Fehlentwicklung ist nur noch schwer zu korrigieren.

Marie-Luise Doett MdB:

- Die Vertretung von Gruppeninteressen durch Kammern und Verbände schadet nicht automatisch dem Gemeinwohl. Das Gemeinwohl umfasst auch Gruppeninteressen, ist aber nicht identisch mit ihnen. Der transparente und faire Wettbewerb in Deutschland unter Kammern, Verbänden und Lobbyorganisationen – der Wettstreit der Ideen – löst den scheinbaren Gegensatz zwischen Gruppeninteresse und Gemeinwohl auf.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN

STEFAN REITH

13. Januar 2009

www.kas.de

- Der „interventionistische Sozialstaat“ braucht Widerspruch und bedarf der Kontrolle durch die Verbände. Diese sind auch Ausdruck der notwendigen Selbstorganisation der Wirtschaft zur Selbstverteidigung gegen staatliche Eingriffe.

Dr. Franz Schoser, Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung:

- Es fehlt an ordnungspolitischem Nachwuchs; Spitzenpositionen in der Wirtschaft (Banken, Wirtschaftsinstitute, Unternehmen etc.) werden zusehends von Mathematikern („Quantomanen“) besetzt, denen aber die ordnungspolitischen Grundlagen fehlen. Dieses Manko zu beheben, ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe.

Heike Göbel, FAZ:

- Kammern und Verbände bieten Dienstleistungen an (Beratung zur Existenzgründung, Aus- und Weiterbildung, Unterstützung des Außenhandels), die sonst von staatlicher Seite angeboten und finanziert werden müßten, weil sie für das Funktionieren unseres Wirtschaftssystems zwingend notwendig sind. Sie filtern und bündeln Informationen und sind auf diese Weise nicht nur für Journalisten wichtig, sondern helfen damit bei der Erarbeitung einer tragfähigen Entscheidungsgrundlage für die Politik.
- Die Skepsis gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft nimmt in Meinungsumfragen zu und reduzierte sich auch in der Aufschwungsphase der letzten Jahre kaum. Gerade als sich eine Trendwende abzuzeichnen begann, trat die Finanzkrise ein. Dies geschah mit Blick auf die Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt, da der Aufschwung gerade erst in den Köpfen angekommen war.
- Eine wesentliche Fehlentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft liegt darin, dass der Sozialstaat auch in guten Zeiten immer weiter angewachsen ist.
- Der Glaube an die Chance in der Krise ist skeptisch zu sehen, da selbst die geringen Reformansätze der letzten Jahre durch die Krise verschüttet werden könnten. Der Staat beraubt sich durch sein aktuelles Handeln und die Mobilisierung von Milliardenbeträgen für den Bankensektor selbst seiner Reformargumente. Angesichts dieser Summen ist der Öffentlichkeit auf absehbare Zeit nicht zu vermitteln, dass am Sozialstaat gespart werden muss.
- Es ist fraglich, ob der Staat die Vertrauenskrise lösen kann. Denn er weckt Erwartungen, die er nicht halten kann. Der Staat selbst kann keine Arbeit schaffen. Eine signifikante Steigerung der Arbeitslosigkeit wird daher das Vertrauen in Staat und Wirtschaftssystem und damit in unsere Demokratie schwächen.

Dr. Norbert Röttgen MdB:

- Die aktuelle Krise bietet auch eine Chance für eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft, weil sie den Blick auf die unabdingbaren Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung freilegt.
- Der blinde Glaube an Überlegenheit des angelsächsischen Kapitalismusmodells und das risikolose Einstreichen zweistelliger Renditen ist tief erschüttert. Die Krise zeigt: Wirtschaft braucht moralische Grundlagen.
- Soziale Marktwirtschaft ist mit kurzfristigem Gewinnstreben nicht vereinbar. Sie baut vielmehr auf einem bestimmten Menschenbild und einem bestimmten Wertesystem auf. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN

STEFAN REITH

13. Januar 2009

www.kas.de

- Freiheit, Leistung und Verantwortung sind auch heute noch die drei Säulen der Sozialen Marktwirtschaft.
- Nach der Krise stehen wir vor einem globalen „wirtschaftskulturellen Wettbewerb“ zwischen dem angelsächsischen Modell, dem staatsautoritären Wirtschaftsmodell und dem kontinentaleuropäischen Modell – der Sozialen Marktwirtschaft. Diesem Wettbewerb müssen wir uns aktiv stellen.
- Die Krise eröffnet die Chance, unser Wirtschaftssystem und die damit verbundenen Werte international stärker durchzusetzen als bisher. Allerdings wird es kein deutsches Exportmodell geben können, sondern nur ein europäisches.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist kein staatsfeindliches Modell, sondern sie erfordert den Staat als „Gewährleister“. In der aktuellen Situation kann sie allein durch staatliches Handeln stabilisiert und gestärkt werden.
- Der Gefahr einer möglichen „Überregulierung und -ordnung“ im Zuge der Reaktion auf die Krise muss man mit klaren Grundsätzen entgegen treten. Die Legitimierung des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft beinhaltet zugleich auch eine Limitierung. Wo es zu staatlicher Preisfestsetzung kommt, sind die gesetzten Grenzen deutlich überschritten. Dies gilt erst recht für den wichtigsten Preis in der Wirtschaft, den für die Arbeit. Gesetzliche Mindestlöhne sind vor diesem Hintergrund inakzeptabel.
- Der Staat besitzt keine Legitimität, einzelne Unternehmen zu retten. Er darf und muss Märkte aufrecht erhalten, aber keine Unternehmen.
- Das Thema Umverteilung steht nicht mehr im Vordergrund der politischen Debatte. Die Tatsache, dass die Linke offenbar nicht von der Krise profitiert, ist ein positives Zeichen dafür, dass realistische Chancen für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft bestehen.
- Die Wiederherstellung der Sozialen Marktwirtschaft ist möglich. Wir müssen die Krise nutzen, um sie neu zu begründen, neu zu legitimieren und politisch neu durchzusetzen – auch auf internationaler Ebene. Das heißt aber auch, dass nicht alte Konzepte aus der Schublade gezogen werden dürfen, sondern dass die Soziale Marktwirtschaft modernisiert und an den Herausforderungen unserer Zeit ausgerichtet werden muss.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Universität Münster:

- Das aktuelle Konjunkturpaket und die Reaktion der Politik auf die Krise haben nicht mit der Wiederentdeckung der Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zu tun. Im Gegenteil erodieren wir gerade die Grundlage unserer Wirtschaftsordnung (Verweis auf Mindestlohndebatte, Erbschaftssteuer etc).
- Wer die Soziale Marktwirtschaft schädigt, erodiert auch die Demokratie. Das eine hängt unmittelbar mit dem anderen zusammen, wie bereits Walter Eucken erkannte, der den Begriff „Interdependenz der Ordnungen“ prägte.
- Die Garantie und Kontrolle eines funktionierenden Bankensystems gehört zu den Aufgaben des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft. Schon Adam Smith und später Walter Eucken wussten, dass der Staat den Bankensektor nicht sich selbst überlassen darf. Mangelnde Kontrolle führte dazu, dass z.B. Banken mit einer Eigenkapitalausstattung von lediglich 8 Prozent (!) operieren konnten, eine katastrophale Entwicklung.
- Die Stabilisierung der Finanzmärkte durch den Staat war richtig und wichtig, staatliche Eingriffe in die Güter- und Arbeitsmärkte (Mindestlohn etc.) sind dagegen nicht akzeptabel und mit den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren.
- Konjunktur- und Wachstumspolitik ist nur in zwei Bereichen realistisch machbar: Bei der Infrastruktur und im Bildungssystem. Investitionen in diesen beiden Berei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN

STEFAN REITH

13. Januar 2009

www.kas.de

chen versprechen die höchste Rendite für die künftige wirtschaftliche Entwicklung. Das Humankapital ist Deutschlands wichtigste Ressource.

- Angesichts der aktuellen Maßnahmen, die mit steigender Neuverschuldung verbunden sind, sollte die Politik zugleich auch die Gelegenheit nutzen, eine Schuldenbremse festzulegen, die ab einem bestimmten Zeitpunkt in naher Zukunft greift.

Dr. Ulrich Brocker Hauptgeschäftsführer GESAMTMETALL:

- Zur Förderung der wirtschaftlichen Kompetenz ist eine frühestmögliche Verzahnung von Schule und Wirtschaft anzustreben. Wichtige Initiativen wie z.B. Das Projekt JUNIOR, bei dem Schüler ein befristetes Miniunternehmen gründen, u.a. ähnliche Programme werden von den Verbänden getragen.
- Die Unternehmer im Mittelstand besitzen anders als die Manager von Großkonzernen in der eigenen Belegschaft und auch darüber hinaus ein großes Vertrauenskapital. Dieses sollte besser genutzt werden. Diese Unternehmer müssen stärker und öffentlich sichtbarer für die Soziale Marktwirtschaft eintreten.